

01.12.2014 Abrechnung

## Erbringung und Abrechnung wahlärztlicher Leistungen durch nicht fest angestellte Honorarärzte

J. Heberer



Bislang war in der Rechtsprechung umstritten, ob die Erbringung und Abrechnung wahlärztlicher Leistungen durch am Krankenhaus nicht fest angestellte, sondern freiberuflich aufgrund einer Kooperationsvereinbarung tätige, Honorarärzte rechtlich zulässig ist. Die mehrheitliche Rechtsprechung der Instanzgerichte lehnte dies ab, indem hierin ein Verstoß gegen § 17 Abs. 3 S. 1 KHEntgG, der als Verbotsgesetz qualifiziert wurde, festgestellt wurde. Lediglich die Landgerichte Würzburg, Nürnberg-Fürth und Kempten erließen für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser positive Urteile, wonach die Erbringung und Abrechnung wahlärztlicher Leistungen durch Honorarärzte als zulässig angesehen wurde, da § 17 Abs. 3 Satz 1 KHEntgG kein Verbotsgesetz darstelle, sondern dieser Regelung lediglich Erstreckungsfunktion zukomme.

### Urteil des BGH vom 16.10.2014 – III ZR 85/14

Diesen Meinungsstreit hat nunmehr der BGH mit seinem Urteil vom 16.10.2014 entschieden, indem er sich der Auffassung der mehrheitlichen Rechtsprechung anschloss. Die schriftlichen Urteilsgründe, aus denen man detailliertere Ausführungen erwarten darf, stehen derzeit noch zur Veröffentlichung aus, sodass diese für eine abschließende Beurteilung der nunmehr geltenden Rechtslage und etwaiger Ausnahmefälle abzuwarten bleiben.

Aus der Pressemitteilung des BGH lässt sich jedoch folgern, dass vom Krankenhausträger nicht fest angestellte Honoraroperative Tätigkeit gegenüber (Privat-) Patienten nicht und gesondert abrechnen können. Ein Vergütungsanspruch zwischen Krankenhaus und Patient noch aus einer getroffenen Vereinbarung über die Behandlung gegen

Aus der Wahlleistungsvereinbarung ergebe sich deshalb, dass der Facharzt für Neurochirurgie weder als Wahlarzt noch als Wahlleistungsvereinbarung aufgeführt gewesen sei. Der erstrecke sich eine Vereinbarung über wahlärztliche Leistungen angestellten oder beamteten Ärzte des Krankenhauses (Rahmen der vollstationären und teilstationären sowie im Buch des Sozialgesetzbuch) berechtigt sind, einschließlich der in und ärztlich geleiteten Einrichtungen außerhalb des Krankenhauses orientiert, wonach Honorarärzte eben weder Beamte noch Wahlärzte, da keine Tätigkeit „auf Veranlassung“ eines Krankenhauses Liquidationsberechtigung erfolge.

Zudem äußerte sich der 3. Senat des BGH dahingehend, dass Liquidationsberechtigten Wahlärzte abschließend festzustellen zum Schutz der Patienten dar. Hiervon könne auch nicht zwischen Honorararzt und Patient) abgewichen werden. § 134 BGB darstellen würden. Dem Honorararzt wurde die Vereinbarung und der Patientin getroffenen individuellen, schriftlich

Folglich lässt sich hieraus aus Sicht des Verfassers ein Verbotsgesetz qualifiziert.

## Stellungnahme

Vorbehaltlich der ausführlichen schriftlichen Urteilsbeurteilung entsprechend diesem Urteil zum einen nicht möglich, Honorararztes als Wahlarzt in der Wahlleistungsvereinbarung Leistungen durch diesen zu ermöglichen. Denn der 3. Senat Liquidationsberechtigten Wahlärzte in § 17 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 angestellte oder beamtete Krankenhausärzte mit Liquidationsberechtigten Krankenhausarztes und somit aufgrund bestehender Kooperationsvereinbarung tätig

Zum anderen sind sämtliche Vereinbarungen zur Umgehung nichtig. Dies gilt einmal entsprechend der BGH-Rechtsprechung Honorararzt. Ferner betrifft dies nach Auffassung des 3. Senats vornehmlich und planmäßig die Durchführung der Wahl zur Umgehung der gesetzlichen bzw. durch die Rechtsprechung Liquidationsberechtigte Arzt dazwischen geschaltet wi

Die nach dem Gesetz und dem BGH zulässige Veranlassung des liquidationsberechtigten Krankenhausarztes meint nach im Einzelfall eine medizinische Notwendigkeit zur Heranziehung des Honorararztes besteht.

Somit ist im Ergebnis juristisch von jeglichen Umgehungen zwingend abzuraten. Dies vor allem deshalb, da hier um die Rechte der Patienten oder Krankenversicherungen, die sich den Risiken gemäß § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB drohen. Für derartige Umgehungen die mit Entstehung des Anspruchs und Kenntnis der arbeitsrechtlichen anspruchsbegründenden Norm) sowie der Person des S

Derzeit bestehende Honorararzt-/Kooperationsarztverträge für die Erbringung und Abrechnung von Wahlleistungen sollte nicht geändert werden.

Die rechtssicherste Möglichkeit zur Erbringung und Abrechnung ist nach Ansicht des Verfassers damit wie bisher, nun a



**Dr. med. Jörg Heberer**  
Justitiar BDC Berlin  
Rechtsanwalt und  
Fachanwalt für Medizinrecht  
München  
justitiar@bdc.de



Geld und Recht

**Autor des Artikels**



**Dr. jur. Jörg Heberer**

Justitiar des BDC, Rechtsanwalt und Fachanwalt für  
Medizinrecht

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Heberer & Kollegen

[> kontaktieren](#)